

Allezeitige Zeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 534.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1905.

Das Papier ist für die Provinz Sachsen und die Provinz Thüringen bestimmt. Die Expeditionen sind in Halle a. S. und in Magdeburg zu beziehen. Die Preise sind in der Expedition zu erfragen.

Zweite Ausgabe

Das Papier ist für die Provinz Sachsen und die Provinz Thüringen bestimmt. Die Expeditionen sind in Halle a. S. und in Magdeburg zu beziehen. Die Preise sind in der Expedition zu erfragen.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 97.

Donnerstag, 13. November 1902.

Geschäftsstelle in Berlin, Bernauerstr. 2.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 13. November.

*** Reichsbesitz.** Wie wir nach einer gut unterrichteten Berliner Korrespondenz berichtet haben, wird zum nächsten Anlasse des Reichstages, und zwar soweit es 100 Millionen Mark übersteigt, zu dem Ausnahmefalle einer Ergänzung eines Teiles der geschätzten 100 Millionen sollen durch Aufhebung ungedeckter Matrikularumlagen aufgebracht werden. Diese Ansicht ist für die Eingesetzten eine höchst peinliche. Als vor nunmehr fast zehn Jahren der erste Plan zu einer Reichsfinanzreform aufgestellt wurde, ward darin vorgehoben, daß jährlich 40 Millionen vom Reich den Eingesetzten herausgezahlt werden sollten; später wollte man sich damit begnügen, daß sich die Matrikularbeiträge und die Ueberweisungen die Waage halten müßten; hauptsächlich haben seitdem die Eingesetzten um Hilfe und relativ geringe Beträge drauf zahlen müssen. Sollen sie jetzt 100 Millionen mehr an das Reich zahlen, so bringt das unangenehm bei den unanglücklichen Financiers Klein- und Mittelständen die ganze Finanzwirtschaft in Unordnung, und man kann auf die stärksten Proteste gefaßt sein. Es wird sich wieder einmal, wie unumgänglich die endliche Verwirklichung der unverantwortlich verzögerten besseren Regelung der Beziehungen zwischen Reich und einzelstaatlichen Finanzen ist und wohin die Scheu vor schließlich nicht zu umgebenden Steuererhöhungen führt. Im Voranschlag für 1902 war ein Reichsbudget von rund 60 Millionen Mk. aufgestellt, wovon 35 Millionen durch außerordentliche Zufuhransätze aufgebracht werden sollten, nach der Reichstag nicht genehmigte; damals aber wurde im Etats-Gesetz folgende Erklärung gegeben: Die matrikularmäßigen Beiträge zu einer Summe von 24 Millionen Mark stellen sich als das Mehrerlöse der Leistungsfähigkeit jener Staaten dar. Und nun sollen, bei wemöglichst noch verschlechterten eigenen Finanzverhältnissen, die deutschen Bundesstaaten 100 Millionen, also über vier Mal so viel, dem Reich beisteuern!

*** Obstruktion.** Nicht bezeichnend gegenüber der Rathlosigkeit und Jagdsuchtigkeit mit welcher in Deutschland die Mehrheitspartei die Verhinderung und Obstruktion im Reichstage bisher duldeten, und gegenüber dem frivolen Gefehre der äußersten Linken wegen angeblicher „brutaler Verengung“ aus Anlaß des allzu zähen Antrages Nichtbisher, ist folgende telegraphische Meldung aus England:

„London, 11. November. (Unterhaus.) Der Antrag Campbell-Bannerman, welcher sich gegen die Bekräftigung der Besatzungen über das Unrechtsgesetz wendet, wird nach erregter Debatte mit 284 gegen 152 Stimmen abgelehnt und nach weiterer Debatte mit 222 gegen 108 Stimmen der Antrag Balfours angenommen, der bewirkt, als Zeitpunkt für den Abschluß der Beratung des Unrechtsgesetzes für das Komitee der 20. und für die Verlegung der Beratung des Berichtes über die Abänderungsanträge den 28. d. Mts. festzusetzen.“

Wenn so im eigentlichen Mutterlande des Parlamentarismus den Verhandlungen Schwächen gezogen und bestimmte Punkte zur Erklärung eines hochwichtigen Gesetzes bestimmt werden — zu erfragen und müssen wir in Deutschland nicht ein Gleiches thun?!

*** Der Kaiser in England.** Die Zeitung „Truth“ erzählt, der Kaiser werde vor der Midwinter nach Schottland fahren und den Herzog Buccleuch in Schloß Drumlanrig und Lord Forrester in Dalmead besuchen, sowie die Fortschrittliche besichtigen.

Aus Deringham wird vom Mittwoch, den 12. November berichtet: Der Kaiser, der König und der Prinz von Wales verließen in Begleitung des deutschen Botschafters Grafen Wolff-Meternich und des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Grafen von Lansdowne um 10 Uhr Morgens Schloß Sandringham und begaben sich zu der am Anlaß des Geburtstages des Königs stattfindenden Jagdbühne. Untermwegs wurden die Majestäten vom Publikum ehrerbietig begrüßt. An die Jagd schloß sich ein Frühstück an. Der heutige Tag war für die Bevölkerung von Sandringham und Umgegend ein Festtag. Auf allen Straßen und im Walde hatten sich die Menschen in Scharen angelammelt, dem heute war es ihnen gestattet, den Majestäten auf der Jagd zu folgen. Gegen zwei Uhr wurde von den Majestäten und den Damen der königlichen Familie das Frühstück in einem fest amfittbar neben der Jagdbühne eingenommen. Dann gingen Kaiser, König und der König längere Zeit, in betrieblicher Weise miteinander handend und reichlich vor dem Zeit auf und nieder. Am Nachmittag wurde die Jagd fortgesetzt. Mittwoch Abend fand im Schloß eine Vorlesung statt.

*** Der Kaiser** wird nach der Rückkehr von der Englandreise zu einem mehrtägigen Jagdbesuche am fürstlich Auckeburger Hofe erwartet. Die Ankunft ist nach den bisherigen Dispositionen auf den 24. November, die Abreise von dort auf den 26. November festgesetzt. Am 25. findet am Wiedeburge im Newer Wreidshof bei Stadthagen die Hauptjagd statt. Von Wiedeburge aus beabsichtigt der Monarch nach G. Ritz weiterzureisen, wo am 28. November die Einweihung der Oberlausitzer Ruhmeshalle mit dem Kaiser Friedrich-Museum erfolgt. Am Anschluß hieran finden die alljährlich wiederkehrenden Jagdbesuche des Kaisers in D. B. G. Stellen statt. Bei dieser Gelegenheit wird der Monarch

diesmal auch dem Fürsten zu Godesfeld, Herzog von Trachenberg auf dessen Schloß Trachenberg einen mehrtägigen Jagdbesuch abblatten.

Wie wir bereits meldeten, hatte der Kaiser den Wunsch ausgesprochen, daß die Kapelle der „Hohenzollern“ in London öffentlich konzertieren solle. Ein „Hohenzollern“ hat bereits stattgefunden, und zwar im Reichstheater, dem neuen Heim des deutschen Theaters, unter der Regie des deutschen Regisseurs. Das Konzert gefällte sich zu einer patriotischen Umgebung der besten deutschen Kreise Londons. Der Präsident Welcher richtete am Schluß des Konzertes eine kurze Ansprache an das etwa tausend Personen zählende, aus Mitgliedern des Reichstages und deren Familien und Gästen bestehende Publikum, die nach dem Ende an Feiern und die Direktoren des deutschen Theaters, die das Theater unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatten, in ein dreifaches Hoch auf den Kaiser auslang. Dann wurde die Absendung einer Botschaft an den Kaiser beschlossen. Große Begeisterung erregten die vielen Ehren der Musiker, die sehr hoch brachten. Ein zweites Konzert fand am gestrigen Mittwoch im Turnverein Strand statt.

*** Kaiserliche Befehle.** Durch verschiedene Blätter geht folgende Nachricht: Nach angeblich verlässlichen Mittheilungen aus Berlin ist an die Direction der Kurantilla A. B. G. die Zeitung eingelangt, für Anfang Januar die „Willa Aniolina“ für die Kaiserin und deren Tochter bereitgestellt. Die Kaiserin werde voraussichtlich bis Ostern dort verweilen, um welche Zeit Kaiser Wilhelm für sich und mit der gemeinlich die Heimreise antreten werde. Man glaubt, daß aus diesem Anlaß eine Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit Kaiser Franz Joseph in Ungarn stattfinden werde. — Wie wir auf Grund von Gerüchten berichten können, die wir an maßgebender Stelle in Berlin eingezogen haben, ist die Mitteilung von Anfang bis zu Ende fest zu stehen.

*** Prinz Heinrich** wird mit seiner Familie voraussichtlich nach dem 26. November in Darmstadt verbleiben. Am 26. November wird am dortigen Hofe im Beisein des Prinzen und der Prinzessin Verzeichnisse, die den übrigen gegenwärtig dort auf Besuch weilenden Fürstlichkeiten der 34. Geburtstag des Großherzogs Ernst Ludwig in feierlicher Weise begangen werden. Ende November unternimmt der Großherzog eine Reise nach Hildesheim.

*** Die kaiserlichen Prinzen.** Der Kronprinz, Prinz Citel Friedrich, sowie der Prinz Adolf und die Prinzessin Margarete von Schaumburg-Lippe beschäftigen demnach den in Darmstadt weilenden Prinzen Reich von Brünen einen gemeinsamen Besuch abzugeben, und zwar ist als Nebenbesuch das Prinzen Heinrich geordnet. Die Prinzessin in der Wohnung in Potsdam angekommen. Wie weiter gemeldet wird, gerath Prinz Heinrich im Anschluß hieran den kaiserlichen Prinzen in Bonn einen Gegenbesuch zu machen.

*** Personalanzeigten.** Geheimrath Dr. Wilhelm Lauffer ist am Dienstag in Berlin nach längerem schweren Leiden verstorben. Der Reichsbank, welcher bis vor wenigen Monaten Generaldirektor der „Nord. Allg. Ztg.“ war, welches Amt er seit seiner Pensionierung niedrigeren wurde, war geboren zu Stuttgart 1836, hat also ein Alter von 66 Jahren erreicht. Durch mannigfache Studien sowie Wissen und Intelligenz im Ausland vielfach geübt, hat Lauffer sich namhafte Kenntnisse aus der spanischen und französischen Geschichte, Literatur, Geschichte, als feinsinniger Schriftsteller und lebenswürdiger Mensch, wie er in weiteren Kreisen ein sympathisches Ansehen behalt. — Generalleutnant Graf Waldsee ist Mittwoch Vormittag in Altona eingestiegen, um dem Überlebenden Dr. G. eine dem mehrtägigen Besuch abzugeben. Der Kaiser hat den Grafen den Reichsrat zu Berlin in der Stellung eines kaiserlichen Ministerialrathes bei dem Ministerium für Kriegs-Vorfahren ernannt. — Der alte Beamte des Bureaus des General-Hofes, Geheimrath Langenfeldt, der dem Bureau seit dem Jahre 1848 angehört, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. — Der „Nord. Allg. Ztg.“ zufolge ist am Gestern im Haag an Stelle des zum Gestern dem Reichsrat beurlaubten Grafen Sautola der bisherige erste Sekretär der Botschaft in Paris, v. Schöller, in Ausficht ernannt.

*** Aus dem kgl. sächsischen Ministerium.** Mit Beginn des nächsten Jahres soll in der dritten Abtheilung des sächsischen Ministeriums des Innern, in der die Angelegenheiten von Landwirtschaft, Industrie und Handel gemeinsam bearbeitet werden, eine schon längst als notwendig befundene Umstellung in der Weise vorgenommen werden, daß eine besonders delegirte Nebenabtheilung geschaffen wird, für welche einzelne Zweige wie Arbeitervereine, Eisenbahn-Verordnungen, Wasser- und Abwasser-Verordnungen, abgetrennt werden sollen. Dabei ist auch die von agrarischer Seite an geregte Frage erogen worden, ob vielleicht die Landwirtschaft in Verbindung mit Industrie und Handel unter einer Leitung die beste Gewähr für eine partiellere ausgleichende Behandlung aller befalligen Interessen bietet.

*** Mit der Reform des Strafrechts** hat sich, wie seit langer Zeit namentlich die Internationale Kriminalistische Vereinigung, neuerdings auch der deutsche Juristentag beschäftigt. Wie man jetzt aus dem Vortrag des Professors Widmerer in München erzählt, hat das Reichsjustizamt eine Kommission für die Eröffnung der Vorarbeiten einkunden.

*** Parlamentarische.** An Stelle des Abg. v. Rormann, der mit Rücksicht auf seine Zeit zum Verbleiben bei parlamentarischen Funktionen sein Schriftgericht am Reichstage niedergelegt hat, ist der konservative Abg. Amtsgerechtig Hamburg zum Schriftführer gewählt worden.

*** Die Reichstags-Kommission für den Gesetzentwurf** betr. die Kinderarbeit nahm den Paragraph 13 betreffend die Beschäftigung eigener Kinder mit verlässlichen Anzeigungen an, nach welchem u. A.

den Kindern eine zweifelhafte Mittagspause zu gewähren ist, sowie die Ueberwachungszeit, während welcher der Bundesrath Anweisungen ausstellen kann, von fünf auf zwei Jahre herabgesetzt wird.

*** Der Preussische und der sächsische Kontrakt.** Der Preussische und der sächsische Kontrakt, der für eine Verstaatlichung des sächsischen Kontraktbruchs, wie wir schon mittheilten, eingekommen ist, ist doch nun nachträglich von der Centralleitung der Partei genehmigt worden. Die „Preß. Ztg.“ theilt mit, es ist ihm später auf seine Anträge erwidert worden, daß kein Verhindernd sich in drastischen Widerspruch befindet zu der Richtung, die von der Partei verfolgt wird.

*** Das Hofen.** Der Minister des Innern Frh. v. Hammerstein ist am Mittwoch Vormittag nach Berlin und der Oberpräsident ist am Mittwoch Nachmittag nach Danzig abgereist. — Die Niederlegung der Kommission hierauf auch am Mittwoch eine Sitzung ab.

*** „Gold in Deutsch-Ostafrika.“** Die Erklärung des Gouverneurs von Ostafrika, Graf Sögen, bezüglich des Goldfundes ist, wie man mittheilt, nicht in der Weise abgegeben worden, wie sie in den telegraphischen Blättern geschildert wird. Der Gouverneur erwähnt nur im Allgemeinen der verschiedenen Goldfunde, die hier längst bekannt sind.

*** Eine wissenschaftlich-wirtschaftliche Forschungsstation in Ostafrika** zu errichten und zu betreiben, hat kürzlich das „Kolonialwirtschaftliche Komitee“ in Berlin beschlossen. Seitens der Dr. Meyers Kolonialverwaltung ist dem Komitee zu diesem Zweck ein Gebiet von 100 Hektar, nahe der Bahnhöhle des Ostafrika-Eisenbahnhofs in Ostafrika, als ein wissenschaftliches Wohnhaus und Wirtschaftsgelände, zur freien Verfügung gestellt.

Deutscher Reichstag.

214. Sitzung vom 12. November 1902, 12 Uhr.

Am Vortage: Reichstagspräsident: Graf v. Rosenfeldt. In der heutigen Sitzung wird zunächst auf Vorschlag des Abg. Dr. Scholl an Stelle des aus dem Schriftführeramt geschiedenen Abg. v. Rormann der Abg. v. Hamburg (fort.) zum Schriftführer gewählt.

Am Vortage: Die zweite Lesung des Zolltarifgesetzes bei dem Reichstag wird mittheilend § 3 fortgesetzt. Der Reichstag stimmt zunächst, daß Zolltarifgesetz auszuführen, in welchem deutsche Schiffe oder deutsche Waaren unangeführt behandelt werden können, neben dem tarifmäßigen Zoll auch einem Zollzuschlag bis zu Höhe des vollen Wertes unterworfen werden können. Die Kommission hat hier einen Antrag zu erheben, nach dem ausländische Waaren deutschen Zolls und Zollzuschlag unterworfen werden können, die in Ursprungslande auf deutsche Waaren Anwendung finden.

Einige Änderungsanträge der Linken wollen diese Bestimmungen abgeschwächt und insbesondere den Abt. 2 getilgt werden. Der Abg. Dr. Baumer (lt.) führt einige über das Zolltarifgesetz an, gegen das deutsche Reich in internationalen Handelsverträgen Fragen. Während sich Deutschland jede einseitige Veränderung seitens der Vereinigten Staaten gefallen läßt, weiß das kleine Schweden und die freie Schweiz nicht Uebereinstimmung sofort zurückzugeben. Da kann ich den Kommissionsvorschlag nun dringend zur Annahme empfehlen. Er ist gefaßt, in der Weise, daß die Zolltarifgesetz Politik und stellt sich als Ausdruck des Selbstverständnisses eines freien Handels (Beifall).

Abg. Göttsche (fr. Vgl.): Nach der gestrigen Hofbesuche für den Reichstagspräsidenten, bei der das aus Einvernehmen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wiederholt Ausdruck fand, die Vereinigten Staaten für nachherig zu haben, wieder einmal zum Kampfe gegen die Vereinigten Staaten anzuregen. Seine Rede war durchdringt nicht von Patriotismus, sondern von Chauvinismus. Die bisherigen Bestimmungen reichen zu den notwendigsten Abwehrrichtungen vollkommen aus; sonst hätte die Regierung selbst weitergehende Vorkehrungen ersehen. Der von uns erstellte durchgeführte Zolltarif gegen England hat das zur Vermeidung gezeigt. Ich bitte, den Abt. 2 abzulehnen; von einer auch nur etwas leichtfertigen Regierung leichtfertig gebandelt, kann es und in späterer Konflikt einmünden.

Abg. v. Rormann (fr. Vgl.): Nach weiteren Bemerkungen der Abg. v. Rormann (fr. Vgl.) und Reichstagspräsidenten, der sich eine Menge des Reichstagspräsidenten Grafen v. Rosenfeldt dadurch zusieht, daß er die Verhandlungen des Abg. Dr. Baumer als Präsenz bezeichnet, schließt die Debatte.

Abg. v. Rormann (fr. Vgl.): Nach einem Schlusswort des Referenten Abg. Dr. Speck (Centr.) bemerkt zur Gedächtnisordnung.

Abg. v. Rormann (fr. Vgl.): Die Ausführungen des Referenten gingen über die Rahmen des Berichtes, den er über die Kommissionsverhandlungen zu erhalten hat, weit hinaus. (Sehr richtig links.) Sein Urtheil über die Bismarck'sche Politik ist nicht notwendiger Bestandteil des Berichtes über die Kommissionsverhandlung. Er läßt aber Ertrag über zu wollen für die Gegenwart, die nicht notwendig zu haben, wieder einmal links.) Nun ist gelten von Seiten der Reichstags eine besondere Paritätigkeit für die Petitionen beauftragt worden. Der Herr Referent hat aber die Petitionen gar nicht erwähnt, und ein solches Vorgehen ist doch gerade hier nicht am Platze. Der Berichterstatter hätte sogar die nach Verhandlung der Kommissionsberatung eingehenden Petitionen erwähnen müssen.

Abg. Dr. Speck (Centr.): Ich befreite Herrn v. Rormann das Recht, hier zu entscheiden, ob der Berichterstatter über den Rahmen des Berichtes hinausgegangen ist. Das ist Ende des Herrn Reichstagspräsidenten. (Sehr richtig rechts.) So lange er nicht Anlaß hat, mich gegen Sie zu richten, glaube ich nicht, über die mit geordneten Gegenständen hinausgehen zu sein. (Sehr nahe im Centrum.) Die Anregung betreffend die Petitionen hätte Herr v. Rormann bei § 1 geben sollen.

Referent v. Rormann (fr. Vgl.): Es ist Aufgabe des Herrn Reichstagspräsidenten, über die Angelegenheit der Kommission zu berichten. Da ich aber nicht Mitglied der Kommission gewesen bin, bin ich nicht in der Lage, zu beurtheilen, ob das Referat des Herrn Reichstagspräsidenten sich mit dem, was in der Kommission vorgegangen ist, genau deckt. Weshalb war es nicht möglich, die Petitionen nach der gestrigen Sitzung zu erörtern.

